

Wichtige Wortmeldungen gerade jetzt

DGVT und DGVT-BV unterstützen die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Am Montag, den 16. März, beginnen die Internationalen Wochen gegen Rassismus, zum 25. Mal in Deutschland. Zwar wird es wegen der Ausbreitung des Coronavirus dieses Mal weniger öffentliche Veranstaltungen im Rahmen der Antirassismus-Wochen geben als ursprünglich geplant, doch die Dringlichkeit des Themas wird dadurch nicht geringer. Dass eine Partei in den deutschen Parlamenten vertreten ist, deren Vertreter*innen zumindest in Teilen rechtsextrem und faschistisch denken und handeln, darf nicht zur Normalität werden. Welchen Einfluss sie trotz aller Abgrenzungs- und Nichtvereinbarkeitsbekundungen bereits hat, haben nicht nur die Vorgänge um die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen gezeigt. Auch die Zahl der rechtsextrem und rassistisch motivierten Terroranschläge und Morde im Land steigt.

Aber auch in der europäischen Asylpolitik sind die Auswirkungen der nationalistischen und rassistischen Strömungen, die es in allen europäischen Ländern gibt, unübersehbar. Der Slogan „2015 darf sich nicht wiederholen“ impliziert die Furcht, dass ein erneutes Ansteigen der Flüchtlingszahlen zu einem Erstarken solcher Parteien und ihrer Wählerschaft führen würde. Mit dieser These werden selbst offenkundige Verstöße gegen geltendes Asylrecht, derzeit besonders augenfällig an der türkisch-griechischen Grenze, gerechtfertigt. „In einer Zeit, in der alle legalen Fluchtwege nach Europa systematisch blockiert werden, in der Flüchtende im Mittelmeer ertrinken, in der gleichzeitig rassistische Morde und Verfolgung innerhalb der EU zunehmen, setzt die Friedensnobelpreisträgerin EU von 2012 dem Menschenrecht auf Asyl Stacheldraht und Tränengas entgegen“, heißt es in einer aktuellen Erklärung des Vereins Demokratischer Ärztinnen und Ärzte. Dabei würden europäische und nationale Gesetze gebrochen, wenn etwa das Recht auf Asyl „ausgesetzt“ wird, wenn Menschen direkt an den Grenzen ohne Asylverfahren gewaltsam wieder abgeschoben werden und wenn Menschen Gesundheitsversorgung vorenthalten wird.

Ähnlich äußert sich das Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“, in dem 23 zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen sind. „Was den Betroffenen des syrischen Bürgerkriegs – die bereits neun Jahre Gewalt und Leid erfahren haben – aktuell widerfährt, ist fernab jeder menschlichen Würde. Die Versäumnisse der europäischen Politik in der aktuellen Situation und den letzten Jahren haben dazu beigetragen, dass Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht mit Füßen getreten werden“, sagt Vorstandsmitglied Manuela Roßbach.

Auch die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) und ihr Berufsverband Psychosoziale Berufe (DGVT-BV) kritisieren die aktuelle Flüchtlingspolitik der Europäischen Union deutlich. In ihr offenbart sich eine Folge von Versäumnissen der vergangenen Jahre. Weder wurde ein gemeinsames und in der Praxis funktionierendes europäisches Asylverfahren vorgebracht, noch wurde ein gerechtes Verteilungssystem auf die Mitgliedsstaaten der EU entwickelt. Aber auch national wurden die längst als notwendig erkannten Schritte, wie zum Beispiel die Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts, nicht umgesetzt. So wird es Rassisten einfach gemacht, mit Horrorszenarien Stimmung gegen Geflüchtete und Migrant*innen zu machen.

Auch im Gesundheitswesen und bei der psychologischen und psychotherapeutischen Versorgung Geflüchteter bestehen trotz entsprechender Vorschläge der DGVT oder auch der Bundespsychotherapeutenkammer weiterhin erhebliche Defizite und unnötige Hürden. Daher wäre es auch Sicht von DGVT und DGVT-BV dringend angezeigt, dass die Politik endlich ihre Aufgaben erledigt, anstatt sich hinter Stacheldraht und Tränengas an den europäischen Außengrenzen zu verschanzen. Dazu würde auch gehören, das immer noch vorhandene große zivilgesellschaftliche Engagement zugunsten Geflüchteter aktiv zu unterstützen. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus unter dem Motto „Gesicht zeigen – Stimme erheben“ sind deshalb eine wichtige Wortmeldung in dieser Zeit.

Tübingen, im März 2020